



## Antrag

der Fraktion des SSW

### **Bericht zu Suiziden und zur Suizidprävention in Schleswig-Holstein**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf, zur 15. Tagung 2023 schriftlich über Suizide und Suizidprävention in Schleswig-Holstein zu berichten.

Hierbei soll insbesondere auf folgende Fragestellungen eingegangen werden:

- Wie hat sich die Gesamtzahl der Suizidversuche und Suizide in Schleswig-Holstein in den vergangenen Jahren entwickelt?
- Wie hoch ist der jeweilige Anteil der Geschlechter?
- Welche Altersgruppen gelten als besonders gefährdet bzw. betroffen?
- Welche Risikofaktoren für Suizidalität gibt es und lassen sich Aussagen darüber treffen, welche den größten Einfluss haben?
- Wie viele Fälle fielen in die Kategorie erweiterter Suizide?
- Wie viele Menschen in welchen Altersgruppen und welchen Geschlechts befinden sich aktuell aufgrund ihrer Suizidalität in stationärer Behandlung?
- Wie stellt sich die Gesamtzahl der Suizidversuche und Suizide im Vergleich zu anderen Bundesländern dar und wie können ggf. Abweichungen erklärt werden?

- Welche Hilfestrukturen für suizidgefährdete Menschen gibt es in Schleswig-Holstein, wie sind diese regional verteilt und in welchem Umfang und auf welchem Weg werden diese Angebote in Anspruch genommen?
- Ist eine Entlastung des Hilfesystems (insbesondere von Therapeut\*innen) denkbar, um größere Kapazitäten dafür zu schaffen, Menschen in Krisen schneller helfen zu können?
- Welche Hilfestrukturen gibt es für Angehörige von suizidgefährdeten Menschen und für Hinterbliebene?
- Wie werden bestehende Hilfs- und Beratungsangebote finanziert?
- Wie lange warten Menschen durchschnittlich auf einen Therapieplatz in Schleswig-Holstein?
- Können offizielle, überregionale Strukturen den Abbau der Suizide begünstigen bzw. den Aufbau der Hilfestrukturen und der gezielten Prävention verbessern?

#### Begründung:

Während die Suizidrate insgesamt in den vergangenen Jahren rückläufig ist, weist vieles darauf hin, dass sich die Häufigkeit von Suiziden und Suizidversuchen in bestimmten Altersgruppen zeitgleich erhöht.

Suizidalität reicht von vereinzelt Gedanken an Selbsttötung über riskante Verhaltensweisen, die den eigenen Tod in Kauf nehmen, bis hin zu Suizidversuchen und vollendeten Suiziden. Als besonders gefährdet gelten Menschen mit schweren Depressionen und Menschen in Krisensituationen, die zum Beispiel durch unheilbare körperliche Erkrankungen oder Gewalterfahrungen ausgelöst werden. Doch auch Menschen mit schweren psychischen Störungen wie Schizophrenie oder alkohol- und drogenabhängige Menschen sind überproportional betroffen.

Laut Weltgesundheitsorganisation (WHO) lässt sich die Suizidrate durch gezielte Präventionsarbeit halbieren. Um Suizide wirkungsvoll zu verhindern, müssen Präventionsmaßnahmen jedoch auf mehreren Ebenen verfolgt werden. Zum einen muss das Thema Suizid in den Medien verantwortungsvoll dargestellt werden. Zudem muss der Zugang zu Mitteln, mit denen Suizide verübt werden (beispielsweise zu Waffen oder Medikamenten) kontrolliert werden. Und es braucht eine schnelle und nachhaltige Unterstützung von Menschen in existentiellen Krisen sowie bedarfsgerechte Kapazitäten für eine wirksame Behandlung schwerer psychischer Störungen.

Vor diesem Hintergrund gilt es, dieses Thema insgesamt näher zu beleuchten, die vorhandenen Angebote in Schleswig-Holstein aufzuzeigen und dadurch bekannter zu machen und einen Überblick über Bedarfe, Kapazitäten und Reichweiten der entsprechenden Hilfen zu geben.

Christian Dirschauer

und Fraktion